

M5 Kontrovers diskutiert: Kann eine Vermögenssteuer der wachsenden Vermögensungleichheit entgegenwirken?

Bis 1996 wurde in Deutschland eine Steuer auf hohe Vermögen erhoben. Sie wurde abgeschafft, weil das Bundesverfassungsgericht damals entschied, dass der Staat mit der Einkommen-, Vermögen- und sonstigen Steuern nicht mehr als 50 Prozent der Einnahmen der Steuerzahler abschöpfen dürfe. Nun wird eine Wiedereinführung diskutiert.

PRO: Ein Statement von Joachim Wieland

Die Besteuerung des Vermögens ist ein Gebot der Steuergerechtigkeit. Das Steuerrecht des sozialen Rechtsstaats richtet die Besteuerung an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger aus. Wer über nennenswertes Vermögen verfügt, ist bei gleichem Einkommen leistungsfähiger als jemand ohne jegliches Vermögen, weil er über Versorgungssicherheit und Kredit verfügt. Deshalb nennt das Grundgesetz die Vermögensteuer neben der Einkommen- und der Körperschaftsteuer ausdrücklich als Einnahmequelle des Staates und weist ihr Aufkommen den Ländern zu. [...]

Kann der Staat in seiner gegenwärtigen Finanzmisere auf dieses Geld verzichten? Nicht ohne Grund führt Spanien die Vermögensteuer wieder ein. Vor der Finanzkrise war der Steuerwettbewerb in Europa so stark geworden, dass einige Staaten sich gezwungen glaubten, die Besteuerung des Vermögens und des Einkommens zu senken. So sollten leistungsfähige Steuerpflichtige von der Verlagerung ihres Einkommens und Vermögens in Niedrigsteuerländer abgehalten werden. Stattdessen wurde die Mehrwertsteuer erhöht, die leistungsschwächere Bevölkerungsgruppen stärker belastet, weil diese den größten Teil ihres Einkommens für den Konsum ausgeben müssen. Als Folge betrug das Aufkommen vermögensbezogener Steuern (Vermögen-, Grund-, Kapitalverkehr- sowie Erb-



© Prof. Dr. Joachim Wieland, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Joachim Wieland ist Professor an der Verwaltungshochschule in Speyer.

schaft- und Schenkungsteuer) nach Zahlen der OECD 2008 in Deutschland weniger als ein Prozent, in der Schweiz dagegen über zwei Prozent, in den USA und Frankreich über drei Prozent und in Großbritannien über vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Sozialstaatliche Leistungen werden in der Folge in Deutschland immer mehr von den Menschen finanziert, die selbst auf diese Leistungen angewiesen sind.

Die hohe Verschuldung der meisten europäischen Staaten schließt aber nicht nur weitere Steuersenkungen aus. Sie erzwingt auch Steuererhöhungen und verringert dadurch den Steuerwettbewerb. Erhöht werden sollte aber nicht die Mehrwertsteuer. Sie entzieht dort Kaufkraft, wo die wirtschaftliche Erholung durch den Konsum unterstützt werden könnte. Da Deutschland wegen der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse gezwungen sein wird, nicht nur die Staatsausgaben zu senken, sondern auch die Steuern zu erhöhen, sollten wieder stärker die leistungsstarken Steuerpflichtigen belastet werden.

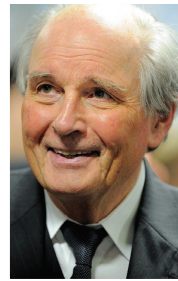
Die Vermögensteuer kann entsprechend den Vorgaben der Verfassung ausgestaltet werden. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht die Vermögensteuer 1995 ausdrücklich „als zulässige Form des Steuerzugriffs“ qualifiziert. Den damals unter dem Einfluss von Paul Kirchhof formulierten „Halbteilungsgrundsatz“ hat das Gericht 2006 ausdrücklich als nicht aus dem Grundgesetz ableitbar bezeichnet. Eine verfassungsgemäße Vermögensteuer muss also nur alle Bestandteile des Vermögens sachgerecht bewerten. Gegner der Vermögensteuer sehen in diesem verfassungsrechtlichen Gebot eine kaum überwindbare Hürde. Sie verschweigen dabei jedoch nicht nur, dass die steuerrechtliche Bewertung von Wirtschaftsgütern nach Maßgabe der detaillierten Vorschriften des Bewertungsgesetzes den Alltag der Finanzämter bei der Erhebung von Grund sowie Erbschaft- und Schenkungsteuer prägt. Vielmehr übergehen sie auch, dass die Gewinnermittlung im Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht die Bewertung des Betriebsvermögens am Schluss des Wirtschaftsjahres voraussetzt – eine Aufgabe, die bisher noch keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereitet

hat. Der Gesetzgeber kann auch im Vermögens-
 90 teuergesetz mit Freibeträgen, Pauschalierungen
 und Typisierungen arbeiten. Er kann sich an Bo-
 denrichtwerten orientieren und bei Unternehmen
 die vermögenssteuerliche an die ertragsteuerliche
 95 Bewertung anlehnen. Die Besteuerung von Unter-
 nehmensvermögen kann in einem anderen Gesetz
 geregelt werden als die Besteuerung von Privat-
 vermögen – so wie die Besteuerung der Einkünfte
 von Unternehmen in der Rechtsform der juristi-
 schen Person im Körperschaftsteuergesetz anders
 100 geregelt ist als die Besteuerung natürlicher Per-
 sonen im Einkommensteuergesetz. Dabei kann auf

die Sicherung von Arbeitsplätzen abgestellt werden.
 Aus Billigkeitsgründen kann wie bei anderen
 Steuern sowohl eine Stundung als auch (in extremen
 Fällen) ein Erlass der Steuer vorgesehen werden. 105
 Schon der Blick über die Grenze in die Schweiz zeigt,
 dass die Bewertung von Vermögen nach dem Ver-
 kehrswert weder auf unüberwindliche Hindernisse
 stößt noch einen unverhältnismäßigen Aufwand
 verursacht. Wer sich unter diesen Umständen gegen 110
 die Besteuerung des Vermögens wendet, kann sich
 nicht auf die Verfassung berufen, sondern muss po-
 litisch begründen, warum er den Verzicht auf die
 Erhebung einer Vermögenssteuer für gerecht hält.

KONTRA: Ein Statement von Joachim Lang

Erzbischof Reinhard Marx empfiehlt in einem Interview
 5 (Handelsblatt vom 26.5.2010), die Vermögenssteuer wieder
 einzuführen. Es ist erstaunlich, mit welcher Leichtigkeit
 steuerpolitische Vorschläge
 10 in die Medienwelt gesetzt werden. Die Fachwelt atmete
 erleichtert auf, als das Bundesverfassungsgericht 1995
 diese Steuer für verfassungs-
 15 widrig erklärte und der Gesetzgeber keine Versuche
 unternahm, sie wiederzubeleben.
 Die Vermögenssteuer wurde Ende des 19. Jahrhun-
 derts auf der Grundlage einer Theorie von der be-
 sonderen Leistungsfähigkeit der Vermögenden ent-
 20 wickelt. Sie wuchs auf dem Nährboden des
 gesellschaftlichen Wandels von der Feudalgesell-
 schaft zur Industriegesellschaft, als die Arbeiter
 verelendeten und Marx und Engels ihre Werke
 25 schrieben. 1893 wurde sie in Preußen zusammen
 mit einer progressiven Einkommensteuer einge-
 führt.
 Ein Jahrhundert später war der Sozialismus über-
 wunden und in Deutschland eine Gesellschaft der
 Sozialen Marktwirtschaft etabliert, in der die Ver-
 30 mögensteuer keinen Platz mehr hat. Die Umvertei-
 lung leistet im Wesentlichen die Einkommensteuer.
 Die obere Hälfte der Einkommensteuerzahler trägt
 95,6 Prozent des Aufkommens. Eine noch höhere
 Steuerbelastung der vermögenden Oberschicht er-



© Prof. Dr. Joachim Lang,
Universität zu Köln

Joachim Lang ist
emeritierter Professor für
Steuerrecht an der
Universität Köln

weist sich im Wettbewerb der Steuersysteme als 35
 nicht durchsetzbar.

Die Globalisierung lädt dazu ein, das mobile Finanz-
 kapital und die mobilen Produktionsfaktoren dort
 zu platzieren, wo die Belastung am geringsten ist.
 Nicht zuletzt deshalb hat sich die rot-grüne Regie- 40
 rung Schröder dazu durchgerungen, den Spitzen-
 satz der Einkommensteuer von 53 Prozent auf
 42 Prozent abzusenken. Auch die ab 2009 einge-
 führte, die Progression kappende Abgeltungsteuer
 von 25 Prozent auf das Finanzkapital trägt dem 45
 Wettbewerb der Steuersysteme Rechnung.

Die Vermögenssteuer hat sich im Verlauf eines Jahr-
 hunderts als steuerliche Missgeburt herausgestellt,
 die die Arbeiterklasse eher schädigt, als ihr Nutzen
 bringt. Ertragsunabhängige Steuern wie die Ver- 50
 mögensteuer können nicht aus Gewinnen bestrit-
 ten werden. Sie müssen aus der Vermögenssubstanz
 entrichtet werden. In Zeiten der Wirtschaftskrise
 stellen sie für die Unternehmen eine besondere Be-
 lastung dar, die eine Insolvenz bewirken kann. In 55
 der Rheinstahlkrise Anfang der 1970er-Jahre kostete
 die Vermögenssteuer besonders viele Arbeitsplätze,
 zumal die Anträge auf Billigkeitserlass der Ver-
 mögensteuer wegen des Prüfaufwands nicht zeit-
 nah entschieden werden konnten. 60

Das Bundesverfassungsgericht hat die Vermögen-
 steuer wegen ungleicher Bewertung für verfassungs-
 widrig erklärt. Eine gleichmäßige Bewertung von
 Geldvermögen einerseits und Sachvermögen ande-
 rerseits ist aber kaum möglich, in jedem Fall aber 65
 sehr aufwendig. Die Werte von Immobilien und be-
 sonders von Unternehmen sind schwer zu ermit-
 teln. Am besten lassen sich Werte in Kunstwerken
 verstecken. Dieses Problem zeigt gegenwärtig die

70 Erbschaft- und Schenkungsteuer, die das Bundesverfassungsgericht 2006 ebenfalls wegen ungleicher Bewertung als verfassungswidrig erkannt hatte.

75 Während Vermögen erbschaft- und schenkungsteuerlich nur im Zeitpunkt der Übertragung zu bewerten ist, muss es für die Vermögensteuer periodisch bewertet werden. Damit werden die Bewertungsprobleme potenziert. Um die Praktikabilität der Besteuerung aufrechtzuerhalten, werden Bewertungsmethoden bewusst verfälscht. Das belegt die 80 Grundsteuer als eine Vermögensteuer auf Immobilien. Die Gebäudewerte werden nach den Baupreisverhältnissen des Jahres 1958 auch dann ermittelt, wenn das Grundstück im Jahre 2010 bebaut worden ist. Eine periodische Ermittlung der wirklichen 85 Werte erzeugt extrem hohen Verwaltungsaufwand. Man betrachte in dem Zusammenhang auch das Beispiel von Unternehmenswerten im Auf und Ab der Konjunktoren.

90 Seit der Geburt der Vermögensteuer Ende des 19.

Jahrhunderts haben die Steuerökonomien gelernt, dass gute Steuern nur Steuern sind, die an dynamische Faktoren anknüpfen, an das erwirtschaftete Einkommen und an Umsätze. Demnach sind gute Steuern die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer. 95 Steuern auf das ruhende Vermögen sind schlechte Steuern, weil sie häufig Wirtschaftskraft ohne Liquidität belasten. Vermögenssubstanzsteuern sind schlechte Steuern. Derartige Steuern wirken im Steuerwettbewerb besonders abschreckend. Nicht 100 zuletzt deshalb hat sich der Steuergesetzgeber für die erbschaftsteuerliche Verschonung des Unternehmens entschieden. Dadurch wird die Steuerlast auf eine relativ kleine Gruppe von Steuerzahlern konzentriert. Die Steuer der gesellschaftlichen Gerechtigkeit mutiert zu einer Sondersteuer auf Immobilien und Finanzkapital. Ein ähnliches Schicksal dürfte eine neue Vermögensteuer erleiden. Sie würde die Kapitalflucht zulasten der Einkommensteuer und nicht zuletzt auch zulasten der Kirchensteuer erheblich beschleunigen. 110

Joachim Wieland und Joachim Lang, Soll der Staat auf die Substanz zugreifen?, Handelsblatt, 1.6.2010

AUFGABEN

7. a) Teilen Sie sich in der Klasse in Vierergruppen ein und legen Sie fest, wer das Statement von Joachim Lang und wer das Statement von Joachim Wieland bearbeitet (je zwei Befürworter und zwei Gegner).
- b) Tauschen Sie sich mit demjenigen aus, der ebenfalls Ihren Text bearbeitet hat und gewichten Sie gemeinsam die Argumente des Autors.
- c) Verfassen Sie in Partnerarbeit nun ein Plädoyer für bzw. gegen die Einführung der Vermögenssteuer und treten Sie in einem Rededuell gegen Ihre beiden anderen Gruppenmitglieder an.
- d) Welcher Position können Sie am ehesten zustimmen? Begründen Sie Ihre Wahl.